

22.03.06

Massensterben vor den Kanaren Bis zu 1700 Afrikaner in 45 Tagen ertrunken

Von Ralf Streck, San Sebastian



Flüchtling im mauretanischen
Nouadhibou
Foto: AFP

Die Zahl der Afrikaner, die auf dem Weg von Mauretanien auf die spanischen Kanarischen Inseln ihr Leben verloren haben, ist viel größer, als bisher angegeben wurde.

Schon im Dezember, so wurde am Dienstag bekannt, hat die spanische Guardia Civil einen Bericht verfasst, der die wahren Ausmaße des Flüchtlingsdramas zeigt. Bereits damals ging die Militäreinheit davon aus, dass in 45 Tagen bis zu 1700 Menschen ertrunken sind, als sie versuchten auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Der Bericht hatte den aussagekräftigen Namen: »Massives Sterben von Einwanderern«.

Der Autor des Papiers, José Manuel García Varela, erklärte darin: »In den letzten 45 Tagen haben sich zwischen 2000 und 2500 Menschen mit kleinen Boote eingeschifft, um auf die Inseln zu kommen. Von denen sind nur 800 oder 900 angekommen, was bedeutet, dass zwischen 1200 und 1700 im Atlantik ertrunken sind«, schreibt der Vize-Operationsdirektor. Letzte Woche hatte die spanische Regierung eingeräumt, einige hundert Menschen seien ertrunken, doch der Rote Halbmond bezweifelte sofort die Zahlen. Die Daten der Guardia Civil stützen nun die Angaben der Hilfsorganisation, weshalb von Tausenden Toten im letzten halben Jahr gesprochen werden muss. Diese Zahl kann wegen der großen Strecke von 1000 Kilometer, die nach den Kanaren zurückzulegen ist, allerdings nur geschätzt werden, viele Tote werden wahrscheinlich nie entdeckt. Die Regierung erwidert darauf schwach, sie habe die Informationen der Guardia Civil nie erhalten. So versucht sie, ihre Untätigkeit angesichts der »humanen Katastrophe« zu erklären, wie das Internationale Rote Kreuz die Vorgänge bezeichnet. Der Sprecher der regierenden Sozialisten (PSOE) erklärte im Parlament, er sei »überzeugt«, dass »sich der Bericht nicht in den Händen der Regierung befindet«. Sehr überzeugend klingt Alfredo Pérez Rubalcaba freilich nicht. Erst nachdem kürzlich 45 Tote geborgen worden waren, begann Madrid zu handeln. Nun hat die Regierung 35 Ingenieure des Verteidigungsministeriums nach Mauretanien geschickt, um eine Lager aufzubauen und dem Land Patrouillenboote zur Verfügung gestellt. In dieses Lager sollen Afrikaner per Schnellabschiebung deportiert werden. Dies kündigte die Vizeministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega am Samstag an. Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen ist dies jedoch illegal, weil das Recht auf eine Einzelfallprüfung ausgesetzt wird. Damit wird ein neuer Schritt zum Aufbau von Lagern in Afrika gemacht, die von der EU finanziert werden. Begründet wird das mit wiederum mit »humanitär: Erwägungen«. Die Abgeschobenen sollen würdige Bedingungen erhalten und nicht schlicht in der Wüste abgesetzt werden, heißt es. Das hatte im vergangenen Jahr Marokko auf Druck Spaniens getan, um den Ansturm von Einwanderern auf die Exklaven Ceuta und Mellila abzuwehren. Erneut hat Marokko diese Woche Afrikaner im verminten Niemandsland der Westsahara ausgesetzt. Wegen des Verfolgungsdrucks in Marokko sind die Menschen nach Mauretanien ausgewichen, was die humane Katastrophe erst heraufbeschworen hatte.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=87648&IDC=2>